



## Protokollauszug

### 23. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark vom 11.07.2024

---

**TOP 10. Antrag der FDP-Fraktion (Neufassung): Prüfung: Ansiedlung von  
Rechenzentren in Rödermark**  
**ungeändert beschlossen**  
**FDP/0169\_1/24**

Zu diesem Antrag wurde eine Neufassung eingereicht. Herr Kruger begründet den Antrag. Nach Wortbeiträgen von Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark ist grundsätzlich offen für die Ansiedlung von Rechenzentren in Rödermark.
- 2) Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung umfassend zu prüfen und entsprechend im Fachausschuss zu berichten, ob eine Ansiedlung von Rechenzentren in der näheren Umgebung des Umspannwerks in der Gemarkung Urberach grundsätzlich möglich ist und welche diesbezüglichen Marktinteressen/-bedarfe bestehen.

Der Bericht dieser Prüfung soll unter anderem folgende potenziellen Problemfelder im Detail beleuchten:

- a. Fragen betreffend die Bodenbeschaffung und der Flächenverfügbarkeit.
- b. Standpunkt des Regionalverband mit Blick auf ein solches Vorhaben.
- c. Baurechtliche Rahmenbedingungen.
- d. Realisierungswahrscheinlichkeit (mit Zeithorizont) des angedachten Baugebiets

Rodastraße.

- e. Energetische und bauliche Aspekte mit Blick auf ein lokales Nahwärmekonzept.
- f. Marktlage mit Blick auf weitere Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet und grundsätzliche Attraktivität der Stadt Rödermark für die Betreiber von Rechenzentren.

3) Der Magistrat wird im Zusammenhang mit dem vorstehend genannten Prüfauftrag weiterhin beauftragt, zu untersuchen, zu ermitteln und zu berichten, ob die Flächen am und um das Umspannwerk in Urberach ergänzend oder alternativ zu einer Rechenzentrums-Ansiedlung für die Realisierung eines Groß-Stromspeichers und/oder einer E-Ladeinfrastruktur in Frage kommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU (7), AL/Grüne (10), SPD (2), FWR (3), FDP (3)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Rödermark, den 5. August 2025